

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis monatlich durch  
die Post bezogen 40 Pf.  
Eingetragen in die  
Postzulassungsliste Nr. 8482.

Anzeigenpreis:  
50 pf. für die 3seitige  
Beilage.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Pröll, Hannover.  
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### An die Mitglieder der Gewerkschaften.

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflations-Reichstag, eine zu ernster gesetzgebender Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag, und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staat, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus, und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stützen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit sieht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Auftakt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, würden die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen, und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, soviel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stützen des Klassenkampfes auf den Boden einer Radabstufe hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den

Parlamentarismus den Arbeitern zu verekeln. Oder ist der Reichstag keine Stütze des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wütende Lärmszenen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Lassen gesetzlich geregelt? Wo wird über Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben. Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um Euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen Ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um Euer tägliches Brod. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstage gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kindertröpfchen geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt, ernste, sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von Euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von Ihnen kommt Ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade Ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsaufgabe zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als die Helfershelfer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt Eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die Euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflusslosigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und Ihr, Gewerkschaftsmitglieder, Ihr seid der Vortrupp. Laßt Euch nicht einsingen von Schlagworten. Werkt für die Partei erster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

#### Tagt

sie zum Teufel alle jene, die euch missbrauchen wollen für ihre lichtscheuen Pläne, die mit Hilfe eures Stimmzettels sich Macht und Einfluß verschaffen wollen, damit

#### sie

euch nachher, desto besser unter die Fuchtel nehmen können. Denkt einmal zurück! Wer hat euch

#### zum

vollberechtigten Staatsbürgern gemacht? Wer hat für eure staatsbügerlichen Rechte Jahrzehntelang gekämpft und gelitten? Die Sozialdemokratische Partei war es, niemand anders! Deshalb zum

#### Teufel

mit den Phrasendreschern aller Schaffierungen, die so tun, als seien sie eure besten Freunde, während im Hintergrunde schon die Knüfe winkt. Wer Recht und Freiheit achtet, der wähle sozialdemokratisch!

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Abschlußtag wiederbekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gestaltet? Wo wird die Arbeitslosenversicherung geschaffen und wo wird die Reichsversicherungsordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

### Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

#### Die 8. Tagung des Verbandsbeirats.

fand am 19. November in Hannover im großen Expeditionsaal des „Proletariers“ statt. Folgende Tagesordnung war zu erledigen:

1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers.
2. Unsere Stellung zum Abschluß und zur Erneuerung von Reichs- oder Bezirkstativen.
3. Beiträge und Unterstützungen, besonders Wegfall der Karenzzeit für Streikunterstützung.
4. Der Verbandsstag in Leipzig.
5. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

Der Vorsitzende Kollege Brey geht in seinem Bericht auf die seit der letzten Beiratssitzung vorgekommenen wichtigsten Zeitschichten innerhalb und außerhalb des Verbandes ein, soweit diese in wechselseitigen Beziehungen standen und stehen. Er erinnert an die durch die Marktstabilisierung eingetretene Besserung auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, aber auch an die Arbeitslosigkeit als Teilfolge der Stabilisierungsaktion. Hieraus erklärt sich auch zum Teil der Mitgliederzufluss und der Rückgang der Gewerkschaften, also auch unseres Verbandes, jedoch ist die Mitgliederzufluss — die längst wieder zum Stillstand gekommen ist — in hervorragendem Maße das Resultat der Beschimpfungen und Verleumdungen durch den sogenannten Industrieverband der Chemie. Einige der Verleumder machten kürzlich vor Gericht die Hälfte der niedrigen Verdächtigungen zugestehen und wurden bestraft. Genügt hat den Kommunisten und ihrer Presse der Verleumder nicht. Sie gehen vielmehr an ihren eigenen Sünden zugrunde. Nur die Unternehmer nutzen daraus Vorteil gezogen; sie stehen einer geschwächten Arbeiterschaft stärker gegenüber als je.

Brey geht dann auf die Preissenkungsversuche der Regierung ein, die von den Produzenten und Verkäufern durchkreuzt wurden. Weißer verweist Brey auf den Kampf der Unternehmer gegen den Abschlußtag und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Erhebung des in der Nr. 35 des „Proletariers“ ausgeschriebenen einmaligen Extrabeitrages von 50 Pf. Der Beitrag nimmt die Mitteilung entgegen, daß im kommenden Jahre eine Heimarbeit-Ausstellung

stattfindet, an der sich unser Verband aktiv beteiligen wird. Mit den Vorarbeiten hierzu ist der Kollege Adler beauftragt. Mit dem Verband der Bekleidungsarbeiter befinden wir uns in einem Grenzstreit wegen der Gußimmanekleberinnen in den Gußwarenfabriken. Der Verbandsbeirat steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Kleberinnen nur für den Fabrikarbeiterverband in Frage kommen können. Der diesbezügliche Anspruch des Bekleidungsarbeiterverbandes sei zurückzuweisen.

Hierauf berichtet der Hauptkassierer Adeler über die Finanzierung der Hauptkasse. Die Gefüngnis unserer Finanzen schreitet vorwärts. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn alle Zahlstellen sich daran gewöhnen, in kurzen Zwischenräumen die verfügbaren Hauptkassenbeträge einzufinden, richtige Beiträge erheben, um auf eigenen Gefügen zu können. D. h. also, der Hauptkasse ihre 65 Prozent voll zu senden. Ferner muß in kurzen Zeiträumen mit den Hauptkassieren, am besten wöchentlich, abgerechnet werden. Vielleicht verringert sich dann das Verlieren und unnotwendige Verdauen von Marken, das in Hannover stets Zweifel begleitet. Die Zahlstellen dürfen ohne Genehmigung des Hauptvorstandes nicht einfach über die Hauptkassensträge verfügen. Nicht durch Zusätze aus der Hauptkasse können die Zahlstellen finanziell gefunden, sondern nur durch Erhebung richtiger Beiträge. Der Oppau-Fonds ist voll, also zu 100 Prozent ausgewertet, mit 6775 Mk. ausgezahlt worden.

Schmid vom Vorstand erörtert hierauf die Frage der Bildung und Schulung unserer jugendlichen Mitglieder, empfiehlt die Schaffung von Jugendkästen und warnt vor Zerpflasterung. Nachdem Adler kurz die Vorarbeiten zur Heimarbeit-Ausstellung besprochen, befiehlt er der Aussprache zum Vorstandsbereich die Kollegen Reimann, Tempel, Große und Herwig.

Der Verbandsbeirat beschließt hierauf:

Der in der Nr. 35 des „Proletariers“ ausgeschriebene einmalige Extrabeitrag von 50 Pf. gilt als Pflichtbeitrag. Die Nichtbezahlung dieses Extrabeitrages wird als Beitragrückstand betrachtet und kann evtl. den Verlust von Unterstützungen zur Folge haben. Bezuglich der Bildung und Schulung jugendlicher Ver-

bandsmitglieder wird folgende Entschließung angenommen:

Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands behandelte auf seiner Tagung am 19. November 1924 die Jugendfrage. Er fordert die Verbandsfunktionäre auf, dahin zu wirken, daß die in den Verbandsstatuten vorgesehener Verpflichtungen für die Jugend erfüllt werden. Es ist auch darauf zu achten, daß ihnen der gesetzliche Schutz zuteilt wird und in den Tarifverträgen Beugünstigungen für die Jugendlichen angenommen werden. Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes müssen zu einem tüchtigen Nachwuchs herangebildet werden.

Entsprechend einem Beschlusse des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist bei jedem Ortsausschuß des ADGB ein Jugendkasten zu bilden. Die Zahlstellenverwaltungen haben durch ihre Vertreter im Ortsausschuß dehnt zu wirken, daß entsprechend den Musterschulungen die erforderlichen Einrichtungen geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Unsere Funktionäre haben dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Kollegen sich der Jugendbewegung annehmen und sich in der Jugendfürsorge betätigen.

Der Beirat ist der Auffassung, daß mit der Erfüllung dieser Pflichten auch ein gut Teil Wiederanlaufarbeit geleistet wird.

Der Beirat stimmt außerdem der Errichtung von Händlern zu Zwecks Beschaffung von Büros und Wohnungen für Verbandsangehörige. Der Beirat erteilt dem Hauptvorstande für die zurückliegende Berichtszeit Entlastung.

Großmann (Abteilung für Lohn- und Tarifwesen) referiert anmehrer über den zweiten Tagesordnungspunkt. Er wirkt einen Rückblick auf die in der hinter uns liegenden Zeit gemachten Erfahrungen im Tarifvertragswesen. Nach eingehender Behandlung einiger besonders markanter Ereignisse in bestimmten Industrien erörtert er die Aussichten für die Zukunft und bespricht die verschiedenen Möglichkeiten unserer Taktik. Großmann wendet sich gegen behördliche oder staatliche Zwangsmittel in der Tariffrage (Schiedsgerichte, Verbindlichkeitserklärungen), die sehr oft den Willen der Vertragsparteien nicht mehr erkennen lassen. Wir sind für Verträge, aber nicht für Verträge um jeden Preis. — Adler behandelt kurz die Stellungnahme vor Betrieben. Die recht eingehende Aussprache brachte be-

züglich der Frage "Reichstarif oder nicht?" die verschiedensten Verfassungen in den Anschauungen. Zur Stützungsfrage wurde eine Menge Material aus der praktischen Erfahrung vorgebracht. Schließlich wurden die von Grohmann vorgelegten, größte Beweglichkeit gestattenden Richtlinien für den Abschluß und zur Erneuerung von Reichs- und Bezirksstarifen vom Verbandsbeirat ausgeheissen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung berichtete Adler. Eingehend behandelt er die Beitragsfrage, hervorhebend, daß in mehreren Zahlstellen immer noch nicht die Beiträge erhoben werden, die entsprechend den Löhnen und unserer Beitragsstaffelung erhoben werden müßten. Erst beim Eintritt von Unterstützungsstellen kommt Mitgliedern und Zahlstellenleistungen zum Bewußtsein, welcher Beitrag eigentlich zu erheben wäre. Sind Rückstände vorhanden, dann werden schnell vier höhere Beiträge geleistet, um in den Bereich höherer Unterstützung zu kommen. Diese vierwöchige Karentzeit ist überhaupt nur auf die Inflationszeit zugeschnitten und kann nicht aufrechterhalten werden. Früher hatten wir beim Übergang in eine höhere Beitragsklasse für den Bezug der höheren Unterstützungsstufe eine Wartezeit von 52 Wochen. Nach weiteren Erörterungen Adlers zur Streikunterstützung, Erwerbslosen-Unterstützung und zur Beitragsleistung der invaliden und erwerbslosen Mitglieder und nach einer ausgiebigen Diskussion über die zu Punkt 3 vorliegenden Anträge beschließt der Verbandsbeirat:

**Die Streikunterstützung wird vom 1. Januar 1925 an vom ersten Streiktag an gezahlt.**

Die im November festgesetzten Sätze der Erwerbslosen-Unterstützung werden vom 1. April 1925 an durchschnittlich um circa 100 Prozent erhöht.

Zu § 9 Absatz 4 des Statuts.

Vom 1. Januar 1925 an statt vier Wochen 13 Wochen. Der erste Satz lautet dann:

Beim Übergang in eine höhere Beitragsklasse erhalten die Mitglieder, die berechtigt sind, Unterstützungen zu beziehen, die Unterstützungen der Beitragsklasse, in der sie 13 Beitragswochen vor dem Unterstützungsfall Beiträge leisten.

Ein Antrag, einheitliche Verbandsbeiträge betreffend, und ein Antrag zu § 13 des Statuts wurden der Statutenprüfungskommission überwiesen.

Der Beitrag beschließt ferner, den nächsten Verbandsitag vom 5. bis 11. Juli 1925 nach Leipzig einzuberufen.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Verdiente Abschaffung in der chemischen Industrie.

Auf die Arbeit der chemischen Ausbereitung tierischer Abfallsstoffe erheben neben dem Fabrikarbeiterverband auch einige andere Verbände Anspruch. Es handelt sich um die Verarbeitung von Haut, Knochen, Blut, Horn und Knochen zu Leim, Gelatine, Knochenöl, Fette zur Seifenherstellung, Albumin, Drogenmittel, Krautfutter und vergleichbarem. Der Transportarbeiterverband begründet seinen Anspruch mit dem Hinweis, daß die Verarbeitung zum Teil in Abbaustellen erfolgt, die er für sich reklamiert, und die Fleischer leisten ihre Zuständigkeit vom Anfangsmaterial, also vom geschlachteten Vieh, ab.

Die tierischen Abfallsstoffe sind in der chemischen Industrie keineswegs bedeutungslos. Der deutsche Knochenaufschlag betrug im Jahre 1921/22 33 240 Tonnen, wovon 8 500 Tonnen Leim, 4 900 Tonnen Knochenfett, 5 600 Tonnen stark phosphathaltiges Krautfutter und 23 000 Tonnen entknochenes Knochenfett mit geringem Phosphorgehalt hergestellt wurden. Knochenfett wird besonders aus Rinderjägen gewonnen; Berlin allein lieferte im Jahre rund 7200 Tonnen Rinderfette. Der jährliche Aufschlag an Leimkästen beträgt in Deutschland zum Zeit eines 80 000 Tonnen, wovon sich 30 000 Tonnen Leiderkäse, 1600 Tonnen Leif und 10 000 Tonnen Drogenmittel ergeben.

Bei den Verfolgungen des Produktionsvertrages finden wir die Knochen in der Fabrik, wo sie in Brechern zerkleinert werden und dann in die Feinfeinkäserei wandern. Die gehackten Knochen werden durch Brechern, Dämpfen oder durch Extraktion erfasst. Zum Extraktions werden tierische Stoffe, wie Leim und Fette, verwendet. Das gewonnene Leif ist künstlich gefüllt, wird wissenschaftlich und geht als wertvolles Produkt in die Seifen- und Kerzenfabrikation ein. Auch Chymia wird daraus hergestellt. Das durch Auspreßen des Knochenfettes erhaltenen Knochenfett wird nicht nutzbar und eignet sich deshalb besonders zum Schmieren seiner Maschinenfette.

Die entzerrten Knochen werden mit Schäfte oder schwefelter Säure behandelt und dann durch Kochen in Leim verwandelt. Die entzerrte Knochenfette wird geklärt und eingekämpft. Die eingekämpfte Knochen wird in Kästen abgepackt und abtransportiert. Die entzerrten Leimkästen werden in Tüpfeln geprägt und auf Regen getrocknet, wobei die Temperatur genau geregelt werden muß, um ein gesetztes, gleichmäßiges Produkt zu erhalten.

Die Gelatine wird in gleicher Weise hergestellt. Man geht aber mit dem eingesetzten Material aus, wie z. B. den Knochen, das sind die Auswendigkeiten der Knochenfettfabrik und Leim werden über nicht nur aus Knochen, sondern auch aus Horn und Federnfellen hergestellt. Beim Leim ist entsprechend als Bindemittel für Holz, Leder und Zwecke dient, wird Gelatine für Speisezwecke verwendet und findet wichtige technische Verwendung. Schäfte und Zuckerkästen werden häufig in Gelatine-Aktionen gegen die Fabrikarbeiterverband und zur Farbung wird Gelatine zu Konservierungen und zu Tropfen hergestellt, und die Pharrasie benutzt die Gelatine zum Belegen von Papieren und Platten.

Färbekunst wird nach demselben Prinzip wie Knochen- und Leberfette aus den Schuppen, Knochen und Gräten der Fische hergestellt.

Das Blut, soweit es nicht zur Wurstfabrikation dient, wird auf Albumin, Blutmehl und Blutkohle verarbeitet und dient auch in getrocknetem Zustand als Massenfutter für Schweine. Albumin wird aus Blutserum — die bei Gerinnung des Blutes austretende hellere Flüssigkeit — gewonnen. Es dient zur Herstellung von Klebstoffen und Kitten, wozu keine sehr hohen Anforderungen an die Reinheit des Serums gestellt werden, während für die Verwendung des Albumins als Beize in der Färberei und Zeugdruckerei oder gar für die Herstellung photographischer Papiere auf größte Reinheit gelehnt werden muß. Blutmehl ist als Stickstoff- und phosphorsäurehaltiges Düngemittel begehrt.

an sich schon in Frage gestellt. Der Bergarbeiterverband fordert aber allen Ernstes neben den Kokereien auch die für den Fabrikarbeiterverband vorgesehenen Kohlenschwälereien, Benzolfabriken und Teerwerterungsanlagen, soweit sie mit dem Bergbau verbunden sind. Die Verbindung besteht darin, daß die Fabriken zum Teil auf dem Grundstück der Zechenherren stehen und die Verwaltung in Händen dieser Herren liegt. Mit dem Bergbau selbst haben sie nur so viel zu tun, daß sie meist den einträglicheren Teil des Unternehmens darstellen, worin die schlechtesten Löhne gezahlt werden.

Wenn dem Verlangen des Bergarbeiterverbandes stattgegeben würde, könnte der Arbeiterschaft der chemischen Industrie das Recht eines eigenen Verbandes nicht mehr eingeräumt werden, denn es handelt sich um eine verhältnismäßig große Zahl wichtiger Betriebe der chemischen Industrie, die sehr vielseitige Produkte herausbringen, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt ist, und die mit der chemischen Großindustrie wirtschaftlich und finanziell eng verbunden sind.

Die Vertretung der Interessen der Chemiearbeiter paßt nicht in den Rahmen des Bergarbeiterverbandes, der in mühsamer Arbeit neue Kräfte erst heranbilden müßte. In der Zwischenzeit würden die Arbeiter Not leiden.

Wo die Lohnverhältnisse für die Chemiearbeiter aber von anderen Organisationen geregelt oder beeinflußt werden, ergeben sich unerträgliche Verhältnisse, wie z. B. in der Kali-Industrie. Der Bergbau betreibt chemische Fabriken als Nebenbetriebe, die unter den Tarif des Bergbaues fallen. Der Spitzelohn des Bauers steht fest, ebenso der Lohn des Bergarbeiters. Bei Lohnverhöhung wird auf den errechneten Durchschnittslohn eine bestimmte Zulage gegeben, die prozentual auf die verschiedenen Kategorien verteilt wird. Die Arbeiter der chemischen Fabriken stehen ziemlich an letzter Stelle und kommen bei den Lohnauflösungen am schlechtesten weg, so daß die Spanne zwischen ihrem Lohn und dem der Bauer immer größer wird. In der Öffentlichkeit wird mit Durchschnittslohnen operiert, die von den Fabrikarbeitern nicht entfernt erreicht werden. Eine solche Lohngestaltung wäre unmöglich, und die Löhne der Arbeiter der chemischen Nebenbetriebe des Bergbaues ließen sich denen in der chemischen Industrie üblichen angleichen, wenn sie vom Fabrikarbeiterverband, unabhängig vom Bergarbeitertarif, ausgetragen werden könnten. Die Bergarbeiter sind in keiner Weise von den Fabrikbetrieben abhängig, ihre Lohnpolitik wird dadurch nicht berührt. Sie müssen für die Lösung der Fabrikbetriebe vom Bergarbeiter tarif eintreten, wenn sie der Verantwortung für die geschilderte Lohnrückertrei ledig werden wollen.

Die Zink-, Kupfer- und Metallhütten sowie die Erzhütten sollen zum Metallarbeiterverband geschlagen werden. Da fand doch die Frage auf, wo der Unterschied und die Grenze zwischen Metall- und Erzhütten zu suchen sind. Außerdem haben die Bergarbeiter eine Reihe von Metallhütten mit Beischlag belegt (Mansfeld), jedenfalls auch, weil die Hütten mit dem Bergbau zusammenhängen. Der Metallarbeiterverband verlangt aber auch Edel- und Halbedelsteine". Mit dieser unklaren Angabe ist nichts anzufangen. Wenn die Be- und Verarbeitung von Edelsteinen gemeint ist, interessiert die Sache den Fabrikarbeiterverband nicht. Das muß aber dann auch ausgesprochen werden. Für die Herstellung der künstlichen Edelsteine, die nicht mehr bedeutsam ist, kann der Metallarbeiterverband nicht in Frage kommen. An anderer Stelle ist dargelegt, daß künstliche Edelsteine in der chemischen Industrie als chemische Produkte hergestellt werden und daß der Hüttenprozeß zur Gewinnung von Zink, Kupfer, Silber und vielen anderen Metallen ein chemischer Vorgang in typisch chemischen Fabriken ist, daß setzt Aluminium in chemischen Fabriken hergestellt wird, die restlos der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie unterstellt sind, und daß in anerkannt chemischen Fabriken Leichtmetalle in großem Umfang erzeugt werden, ohne daß der Metallarbeiterverband auf die betreffenden Arbeiter jemals Anspruch erhoben hat.

### Tödlicher Unfall durch Explosion einer Sauerstoffflasche.

Im Werk Griesheim der Firma Griesheim-Elektron explodierte eine Sauerstoffflasche beim Verladen in Eisenbahnwagen. Die beiden damit beschäftigten Arbeiter wurden getötet. Die Unternehmer behaupten, daß gerade die Sauerstoffwerke die wenig gefährlichen Betriebe der chemischen Industrie sind. Wir haben erst vor wenigen Wochen im "Proletarier" Nr. 44 auf die Gefahren der Sauerstoffindustrie hingewiesen und festgestellt, daß in einem Jahr, da die kleine Industrie 41 Todesfälle gefordert hat. Nun stehen bereits wieder die Angehörigen zweier Arbeiter am Grabe ihrer Hoffnungen. Gibt es gar keine technischen Möglichkeiten, das Verladen der Flasche, der Hauptquelle des Menschenmordes in der Sauerstoffindustrie, zu mechanisieren? —

### Papier-Industrie

#### Kassanien.

Beim Abschluß eines neuen Tarifes werden die Kassanien nicht mehr gebraucht, sondern grün vertreibt.

Auf einen Minimallohn lasse ich mich nicht mehr ein, da dadurch keine Konkurrenz unter den Arbeitern vorhanden ist!

Die Jäger sind vorbei und kommen nicht wieder, wo eine Fabrikleitung derartige Verträge mit einer Arbeitsorganisation abschließt!

Über 18 Jahre sind verslossen, seitdem am 13. Juli 1906 der Zellstoffkönig Clemm vom Waldhöfchen mit diesen Worten seine Organisationsfeindlichkeit, seinen Willen gegen die Gewerkschaften in obige Sache prägte. Auch heute steht Kommerzrat Clemm und mit ihm ein großer Teil der deutschen Papiererzeugungsindustrie wieder auf dem Standpunkt, daß beim Abschluß eines neuen Tarifes die Kassanien nicht mehr gebraucht, sondern grün vertreibt werden. Das beweist am besten die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages durch den Arbeitgeberverband, das beweist das erst kürzlich im "Proletarier" erwähnte Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes mit seinen Arbeitszeitverlängerungs- und Ferienabbauwünschen, das beweist die Anfrage der Unternehmerverbänden, daß Lohnabstufungen, die Lebenshaltungskosten, das beweist die mehr oder weniger offene ablehnende Einstellung vieler Unternehmer den Betriebsträtern und Gewerkschaftsvertretern gegenüber.

Da unser Verband den Papiererzeugungs-Industriellen die gewünschten Arbeitszeitkastanien nicht freiwillig bräten konnte und wollte, mussten sie sich mit einer Arbeitszeitkastanienbrauterei errietet vom Reichsarbeitsministerium unter der Firma: Sonderkarikamt für die Papiererzeugungs-Industrie zufrieden geben. Trotzdem der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Chefsosten dieses heissen Arbeitszeit-Maroni-Kollegiums bereits dreimal mit neuen Männern besetzt wurde, geht die Arbeitszeitkastanienbrauterei, da eine Kastanie nach der anderen auf dem Arbeitszeitfeuer gebraten werden muss, den Unternehmern zu langsam. Sie kündigen deshalb den Gesamtarbeitsvertrag, sicherlich in der Hoffnung, bei der Neuheratung derselben ein Druckmittel gegen die Gewerkschaften zu haben, da der derzeitige Arbeitszeitdissenspruch vom 5. März d. J. am 31. Dezember 1924 abläuft, trotzdem der derzeitige unparteiische Vorsitzende des Sonderkarikamts, Herr Senatspräsident Fleischauer, anscheinend seine segensreiche, wenn auch oftmals schwere Arbeitsstreitigkeiten und Wirtschaftsschüttungen hervorruhende Tätigkeit verewigen möchte.

Als der Arbeitgeberverband uns den Gesamtarbeitsvertrag kündigte, da bestand im Lager aller Kapitalisten und Unternehmern noch die Hoffnung, daß mit Hilfe der Partei der 49prozentigen Erfüllungs- und 51prozentigen Revanchekriegspolitiker, auf Grund deren politischen Weinbergsplänen der Bürgerblock in der Reichsregierung noch einige Zeit thronen würde, mit dessen Hilfe dann der "Arbeitszeitrummel" seine "befriedigende" Erledigung im Unternehmerkreis gefunden hätte und wobei sogar noch die Möglichkeit bestand, den "sozialen Fimmel" der Arbeiter und ihrer Organisationen auf das nach Unternehmeransicht "allein richtige Maß" zurückzuführen. Dank der geschickten Haltung der Sozialdemokratischen Partei im Reichstage ist der allein seligmachende Bürgerblock nicht zustande gekommen, sondern die Reichsgesetzgebungsmaschine stillgelegt und deren politischen Monstren nach Hause geschickt worden.

Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen werden auch die politischen Alpensiegen der Clemm und Konsorten an die Papierarbeiterchaft herantreten, um deren Wahlstimmen bestimmen und seilschen. Sie werden sich nicht scheuen, Versprechungen zu machen, die sie nie zu halten gewillt sind, sie werden der Papierarbeiterchaft in ihren Wahlreden erzählen, daß sie Freunde des Achtstundentages sind und nur dessen schematische Auswüchse bekämpfen, sie werden der Arbeiterschaft ihr soziales Herz ausschütten und, wenn sie einmal gewählt sind, jede Sozialpolitik ablehnen, die Geld kostet, sie werden den Bruder Arbeiter in theoretisch schönen Reden als Vaterlandshelden feiern und ihn danach genau so im Stiche lassen, wie nach dem Ruhkampf; sie werden auf ihrem Gimpelgang Dumme unter der Arbeiterschaft suchen, mit deren Stimme sie sich dann mühsam die gebrochenen Kastanien in der Arbeitszeitfrage und in der Sozialpolitik holen können, ohne sich dabei die Finger verbrennen zu müssen.

Der diesmalige Wahlkampf muß unter dem Zeichen der Erhaltung des Achtstundentages vollzogen werden. Da haben auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Papiererzeugungsindustrie ihre Augen aufzuhalten und nur den Kandidaten ihre Stimme zu geben, die die sichere Gewähr für die Einhaltung und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages bieten. Denkt bei der Abgabe eures Stimmzettels bei der Reichstagswahl und den verschiedenen Landtagswahlen sowie Kommunalwahlen daran, daß ihr keinem Kandidaten eure Stimme gebt, die mit Clemm und vielen anderen Papierindustriellen euch die Kastanien nicht mehr gebracht, sondern grün deraubteten wollen, denkt an die Schiedssprüche des Scharfmacherkollegiums, durch die eure Kollegen bis zu 60, eure Kollegen bis zu 96 Stunden bei elender Bezahlung schaffen müssen, denkt an die Diktatur des ostpreußischen Schlichters, durch die die dortige Zellstoffarbeiterchaft gleichfalls zu blödiger wöchentlicher Sklavenarbeit verurteilt wurde; denkt an den Vater der Arbeitszeitverordnung, den Zentruminister und Freund der christlichen Gewerkschaften Bräun, der euch mit Hilfe dieser Arbeitszeitverordnung den Achtstundentag abgebaut hat; denkt an Gosheim und andere demokratische Abgeordnete, die den Achtstundentag stets scharf bekämpft haben; denkt daran, daß die Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien sich als Gegner des Achtstundentages gebürdet haben, und denkt daran, daß allein die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei sich als wahre Verfeindiger des Achtstundentages erwiesen haben.

Auf keinen Fall lasse ich mich mehr auf den Tarifabschluß von Minimallohnschälen ein, weil dadurch keine Konkurrenz unter den Arbeitern vorhanden ist, erklärte Kommerzientrat Clemm. Gegner der Tariflöhne ist aber nicht nur Clemm. Fast in allen bürgerlichen Tageszeitungen und Unternehmerorganen ist im Laufe der letzten Jahre der Kampf gegen die Tariflöhne geführt worden; es wurden Leistungslöhne verlangt, um — mit Kommerzientrat Clemm zu reden — die Konkurrenz unter der Arbeiterschaft zu fördern und die Arbeiter als Lohndrücker gegenseitig auszuspielen. Diese Tarifschäden dürfen die Unternehmer euch nicht vergessen, wenn sie mit dem Stimmzettel in der Hand zur Wahlurne schreiten.

Die Zeiten sind vorbei und kommen nicht wieder, wo eine Fabrikleitung durch derartige Verträge (Tarifverträge) mit einer Arbeiterorganisation abschließen, reklamierte Clemm vor 18 Jahren. Er hatte sich gewaltig gefälscht. Dem Aufsturm der Arbeiter nach Beendigung des Krieges war es gelungen, mit Hilfe ihrer Gewerkschaften nicht nur Betriebs-, sondern Reichs-, Landes- und Bezirksarbitrage abzuschließen. Der Abschluß von Tarifen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse hängt aber nicht nur vom guten Willen der Unternehmer, sondern von der gewerkschaftlichen und politischen Macht der Arbeiterklasse ab. Diese Macht positioniert der Arbeiterklasse haben die Arbeitnehmer der Papierindustrie zu stärken durch eine geschlossene Organisation im Verbände der Fabrikarbeiter Deutschlands und durch die Wahl von wirklichen Arbeiter-

vertretern in die politischen und kommunalen Parlamente. Nur die allergrößten Käbler wählen ihre Meherer selber!

Deshalb, ihr wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen der Papierindustrie, prüft bei den Wahlen am 7. Dezember genau die euch zur Wahl empfohlenen Kandidaten! Gebt eure Stimme nur wirklichen Arbeitervertretern! Holt euren Klassengegnern nicht die Kastanien aus dem Feuer! Siegt durch eure Stimmabgabe, daß ihr die Diktatur der Schlotbarone und Kaufjunker nicht anerkennst! Helft durch eure Stimmabgabe den Achtstundentag gesetzlich verankern und agilisiert für eure Berufsor-

erwähnte Schreiber bereits angekündigt. Hoffentlich genügt dieser eine Führer der Firma, um den Papierarbeitern des Reichshofkonzerns zum Bewußtsein zu bringen, daß nur in der geschlossenen Gewerkschafts-Organisation die wirkliche Kraft der Arbeiterklasse liegt.

G. Stühler

## Nahrungsmittel-Industrie

Voraussichtliche Zuckererzeugung in der Kampagne 1924/25.

In Nr. 14 des "Proletariers" haben wir in einem längeren Aufsatz zu der Zuckererzeugung und dem Zuckerverbrauch im Jahre 1923/24 Stellung genommen. Wir hatten da festgestellt, daß die Produktion und der Verbrauch gegen das Vorjahr bedeutend zurückgegangen waren. Der Verein der deutschen Zuckerindustrie macht nun jedes Jahr im Herbst zu Beginn der Kampagne Feststellungen, wie hoch die Zuckererzeugung voraussichtlich in der begonnenen Kampagne sein wird. Die Erhebung für die Kampagne 1924/25 ist in der Zeit vom 15. bis 25. Oktober gemacht worden, also zu einem Zeitpunkt, wo die Rüben ausgewachsen sind und wo sie auch an Zuckergehalt kaum noch zunehmen. Durch die Erhebung ist folgendes festgestellt:

Es werden in der laufenden Kampagne voraussichtlich 97 278 000 Doppelzentner Rüben verarbeitet werden, gegen nur 73 365 961 Doppelzentner im Vorjahr. Die Rohzuckererzeugung wird voraussichtlich 14 898 500 Doppelzentner befragen, gegen nur 11 468 919 Doppelzentner im Vorjahr. Wir hätten also demnach in der laufenden Kampagne bei der Rübenverarbeitung mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 32,59 Prozent und bei der Rohzuckererzeugung mit einer Steigerung von 29,90 Prozent zu rechnen. Der Steigerungssatz bei der Rübenverarbeitung ist über 2½ Prozent höher geschägt als bei der Rohzuckererzeugung. In der Erhebung wird das damit begründet, daß der Zuckergehalt der Rübe im Jahre 1923/24 15,38 Prozent befragt habe, während die Ausbeute in der laufenden Kampagne voraussichtlich nur 15,11 v. H. befragt wird.

Im Jahre 1922/23 betrug die verarbeitete Rübenmenge rund 93 Millionen Doppelzentner und die Zuckererzeugung rund 14½ Millionen Doppelzentner. Wenn der Verein der deutschen Zuckerindustrie durch seine Erhebung die Lage richtig abgeschätzt hat, so würden wir also in der laufenden Kampagne das Jahr 1922/23 mit der Produktion überschreiten, was im Interesse der deutschen Konsumenten nur zu wünschen wäre. Über auch auf die Preisgestaltung für den Zucker scheint sich die erwartete Mehrproduktion günstig auszuwirken.

Hatten wir zu Anfang der vorigen Kampagne, also im Oktober 1923, an der Magdeburger Börse Preissicherungen von 20—22 Goldmark und im November sogar 21,50—29,75 Goldmark, so bewegen sich die diesjährigen Notierungen von Beginn der Kampagne bis 14. November zwischen 16—22 Goldmark, wobei in den letzten Wochen eine sinkende Tendenz festzustellen ist. Es muß abgewartet werden, wie sich die Preise in den kommenden Wochen, die für die Zucker-Industrie von Bedeutung sind, weiter gestalten werden. Es wäre aber zu wünschen, wenn auch in der Zuckerindustrie mehr der Grundsatz „großer Umsatz kleiner Rüben“ zur Geltung käme.

Bei der Zuckerpreisbildung im Kleinhandel spielt nur die Zuckertaxe eine wesentliche Rolle. Dabei muß festgestellt werden, daß die heutige Zuckertaxe den Zucker im Verhältnis zum Preis weit stärker belastet als in der Vorkriegszeit. 1913 wurde für den Doppelzentner Verbrauch-Zucker eine Steuer von 14.— Mk. oder je Pfund 7 Pf. erhoben. Die heutige Steuer beträgt je Doppelzentner 21.— Mk. oder für das Pfund 10½ Pf. Hierzu kommt noch die Umsatzsteuer, die für den Zucker wie für jeden anderen Konsumartikel mehrmals bezahlt werden muß. Eine derartige Belastung für einen Massenkonsumenten ist unerträglich.

Wein wir richtig unfehlbar sind, soll die Regierung bei Einführung der Zuckertaxe nach dem Kriegsmaßnahmen handeln, eine Steuer von 35 v. H. auf den Zucker zu erheben. Der heutige Satz ist wesentlich höher. Es ist an der Zeit, daß bei den kommenden Steuerberatungen auch an die Erhöhung der Zuckertaxe gedacht wird.

Der beste Zeitpunkt zur Ermäßigung der Steuer wäre zu Anfang des neuen Wirtschaftsjahres gewesen. Heute sind bei der Steuerumänderung wesentliche technische Schwierigkeiten zu überwinden. Diese müssen aber überwunden werden, damit die deutschen Konsumenten auch wirklich Vorteile von der Mehrerzeugung, die in diesem Jahre zu erwarten ist, haben.

E. S.

## Verschiedene Industrien

### Heimarbeit-Eland

Aus Blumenarbeiterkreisen wird uns gerichtet:

Schon früher war im oberen Erzgebirge die Armee zu Hause. Es ist heute eine Preisfrage, ob irgendwo die Armee und das Eland größer sein kann als im Sebnitz-Neustädter Wirtschaftsbezirk. Dort dominiert eine Lederindustrie (Kunstblumen), folglich meiste logistische Weise unter der Bevölkerung ein gewisser Wohlstand zu verzieren scheint. Aber weit gefehlt. In den Arbeiterschlitten herrscht trotz intensiver Arbeit (Heimarbeit) bitterste Not und Entbehrung. Die Arbeiterbevölkerung ist trotz ihrer Anspruchslosigkeit nicht in der Lage, das zum Leben Nötigste zu beschaffen.

Die Blumenarbeiterin ist der nichtswürdigsten Ausbeutung der Unternehmer ausgeliefert. Die Heimarbeiterin mit ihrem Kindern sieht die ganze Woche bis in die Nacht hinein bei angestrengter Arbeit, und der Erlös ist seige und schreibt in den meisten Fällen 3—4 Mk. Jeder menschlich Empfindende kommt zu dem Schluss, daß dieser Missbrand der wirtschaftlichen Macht mehr als ein öffentlicher Skandal ist. Um solgen Wochenerlösen zu erreichen, ist die Heimarbeiterin gezwungen, ihren Haushalt nur notdürftig zu ordnen. Die elementarsten Haushaltspflichten, wie Kindererziehung müssen zurücktreten. Margarine, Kaffeesatz, Brot und trockene Kartoffeln bilden die kargen Mahlzeiten. Es ist durchaus nicht übertrieben, wenn gelangt wird, daß der

